

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/015(VI)/15			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 03.11.2015	Altes Rathaus, Beimzimmer	17:00Uhr	18:50Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06.10.2015
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Anträge
 - 5.1 LSBTI*-Flüchtlinge schützen A0078/15
 - 5.1.1 LSBTI*-Flüchtlinge schützen A0078/15/1
 - 5.1.2 LSBTI*-Flüchtlinge schützen S0201/15

- 6 Vorstellung der Befragung der Fachkräfte und Eltern lesbisch, schwuler und transsexueller Kinder und Jugendlicher in Magdeburg durch das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e. V.
- 7 Zur Situation der Personalstellen in der Frauenberatungsstelle Magdeburg
- 8 Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Kindern: Vorstellung der aktuellen Veranstaltung
- 9 Verschiedenes
- 9.1 Terminabstimmung 2016

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadträtin Jenny Schulz

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Tom Assmann

Stadtrat Marko Ehlebe

Stadtrat Karsten Köpp

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadträtin Steffi Meyer

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Bärbel Bühnemann

Sachkundige Einwohnerin Karina Schade-Köhl

Sachkundige Einwohnerin Sarah Schulze

Geschäftsführung

Frau Maria Otto

Amtsleiterin Heike Ponitka

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Gerhard Häusler

 Öffentliche Sitzung

 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende **Stadträtin Schulz** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Stadtrat Köpp erklärt sein Mitwirkungsverbot zu den Tagesordnungspunkten 5.1, 5.1.1 und 5.1.2.

 2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

 3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.10.2015

Genehmigung der Niederschrift vom 06.10.2015 mit der Änderung, dass **Stadtrat Köpp** sein Mitwirkungsverbot zu den Tagesordnungspunkten 6.1, 6.1.1 und 6.1.2 erklärt hat: **4-0-0**.

 4. Öffentliche Sprechstunde

Es ist niemand zur öffentlichen Sprechstunde erschienen.

 5. Anträge

5.1.-5.1.2 LSBTI*-Flüchtlinge schützen

A0078/15
A0078/15/1
S0201/15

Frau Keune, Vorsitzende vom Gesundheits- und Sozialausschuss hat nach Rücksprache mit **Stadträtin Schulz** bestätigt, dass es im Änderungsantrag ausschließlich um den Satz zur Frage der Unterbringung geht.

Frau Borris lässt sich entschuldigen, da es eine wichtige Terminüberschneidung einer Bürgerversammlung für sie und ihre KollegInnen zum Thema Flüchtlingsunterbringungen gab. Es gab in der Zwischenzeit Abstimmungen zwischen **Frau Borris, Dezernentin V, und Vertreterinnen und Vertretern des CSD e.V./LSVD e.V..**

Frau Borris lässt mitteilen, dass wenn sich jemand outet oder die Anfrage stellt, die Stadtverwaltung reagieren wird. Es wird eine gemeinsame Lösungsfindung geben und geprüft, wie gut eine Unterbringung möglich ist.

Weiterbildungen zu diesem Thema sollen für 2016 konkretisiert werden. Ein Mitarbeiter des Sozialamtes im Bereich Migration ist selbst homosexuell und wäre Ansprechpartner. Bisher gab es eine Anfrage an das Sozialamt.

Stadtrat Kutschmann hält den Änderungsantrag des **Gesundheits- und Sozialausschusses** für konstruktiv weil auf vorhandene Möglichkeiten und auf Wünsche eingegangen wird.

Stadtrat Aßmann ergänzte, dass die Stellungnahme in Teilen überholt ist. Abgestimmt wird aber nur über den Antrag und den Änderungsantrag. Der Änderungsantrag konkretisiert nur die Unterbringung nach vorhandenen Möglichkeiten. Beide Anträge sind zustimmungswürdig. Bestätigung für das Dezernat V damit es eine gute Handlungsgrundlage hat.

Antrag: 4-0-0

Änderungsantrag: 3-0-1

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6. Vorstellung der Befragung der Fachkräfte und Eltern lesbisch, schwuler und transsexueller Kinder und Jugendlicher in Magdeburg durch das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e. V.
-

Frau Ponitka, Gleichstellungsamt, teilt mit, dass in Vorbereitung der Information zur nächsten Ausschusssitzung im Dezember heute die Befragung vorgestellt wird. Da das Thema sehr komplex ist und somit Zeit zum Reagieren und Diskutieren bleibt.

Frau Dr. phil. Schumann, Geschäftsführerin Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt e. V. und Frau Wöller, Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin, Martin Luther Universität stellen die Ergebnisse der Befragung (Stadtratsbeschluss) anhand einer Präsentation vor.

Es wurden Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe und Eltern im Online- und Papierformat befragt. Beide Befragungen sollten folgende Daten erfassen: Einstellung der Befragten, vorhandenes Wissen, subjektive Einschätzung der Situation der LST*-Kinder und Jugendlichen (Hilfe- und Beratungsstruktur, Vorurteile bei Dritten, Sensibilisierungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen).

In 17 Fragekomplexen und einem Freitext haben 88 Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe geantwortet. Bei den befragten Eltern haben 107 Mütter und Väter in 9 Fragekomplexen geantwortet.

65 % der Fachkräfte, die geantwortet haben, definierten sich als weiblich, 34 % als männlich und 1 % als queer. Die Mehrheit der befragten Fachkräfte ist zwischen 30- 50 Jahren alt. Es hat keine Person geantwortet, die ihren Arbeitsbereich spezifisch auf Lesben, Schwule oder Transgender Kinder ausgerichtet hat. 60 % der Antwortenden sind in der Kinder- und Jugendarbeit verortet oder in der Verwaltung tätig.

Bei den Eltern definierten sich 76 % als weiblich, 23 % als männlich und 1 % als queer. 70 % der Antwortenden sind zwischen 30- 50 Jahren alt. Diese Eltern haben 182 Kinder. Das jüngste der Kinder ist im 1. Lebensjahr und das älteste Kind ist 43 Jahre alt.

In die Auswertung wurden 11 aktuelle andere Studien mit einbezogen.

Die Eltern und Fachkräfte wurden gefragt, wie sie die Situation von LST* Kindern und Jugendlichen einschätzen. Die Lebenssituation wird als sehr belastend eingeschätzt. Homophobie ist an jugendspezifischen Orten immer noch weit verbreitet. Dabei fällt die Einschätzung der Eltern mit 63 % noch negativer aus als die der Fachkräfte mit 56 %. 68 % der Eltern schätzen ein, dass transgender Jugendliche in höherem Maße von Mobbing betroffen sind als homosexuelle Jugendliche. Mit 83 % zweifeln die Fachkräfte an, dass Transgender in allen gesellschaftlichen Bereichen problemlos offen auftreten können. 78% der Fachkräfte glauben nicht, dass Transgender weitgehend in unserer Gesellschaft akzeptiert sind. Auch 75 % glauben nicht, dass Regenbogenfamilien gesellschaftlich anerkannt sind.

Die Fachkräfte wurden gebeten die Kinder und Jugendlichen in ihrem eigenen Arbeitsbereich einzuschätzen. Hier fällt auf, dass sehr viel „ich weiß nicht“ Antworten gegeben wurden. Es scheint eine große Unsicherheit, auch ein Unwissen und vielleicht auch kein Umgang mit dem Thema zu geben. Die Fachkräfte, die geantwortet haben, schätzen die Kinder und Jugendlichen eher so ein, dass sie unsensibel mit dem Thema umgehen und homosexuellen Menschen eher nicht positiv gegenüber treten. Zudem zeigt sich, dass die Kinder als eher schlecht aufgeklärt wahrgenommen werden.

Zum Vergleich mit anderen Studien berichten Betroffene immer wieder von Mobbing, von demütigen Verhalten, von unverschämten Fragen mit denen sie konfrontiert sind bis hin zum notwendigen Schulwechsel, familiären Sanktionen und körperlichen Angriffen/sexualisierten Übergriffen. Das führt dann zu mangelnder Selbstakzeptanz, Schuldgefühlen, Konzentrations-, Ess- und Schlafstörungen, Lernschwierigkeiten, Alkohol-/Drogenmissbrauch, Rückzug ins Private, Vermeidung sozialer Situationen, Einsamkeit, Ängsten/Depressionen, allgegenwärtigen Bedrohungsgefühl und Suizidversuchen.

Spezifisch auf einzelne Lebensbereiche gesehen, schätzen 60% der Fachkräfte ein, dass Homosexualität nicht oder eher nicht in der Familie akzeptiert wird. Dabei zeigte sich, dass die männlichen Fachkräfte eher eine Akzeptanz in den Familien vermuten als die weiblichen Fachkräfte. Eine hohe Anzahl Magdeburger Eltern gibt an, ihr Kind zu unterstützen wenn es sich als homosexuell oder transgender outen würde. Eine große Mehrheit gibt an, dass sie homosexuelle Menschen in ihrem Umfeld kennen. Dies lässt die Vermutung zu, dass sich überwiegend dem Thema offen gegenüberstehende Menschen beteiligt haben. In diesem Zusammenhang sind die hohen zustimmenden Werte der Eltern bei den Fragen zur Kommunikation dieses Themas in der Familie auch zu verstehen und einzuordnen. 90 % stimmen hier eher zu bzw. zu und 79 % der Eltern meinen auch in ihrem Arbeitsbereich offen über dieses Thema zu reden.

58 % der Fachkräfte schätzen ein, dass ein Coming-Out für LST* Jugendliche in der gleichaltrigen Gruppe schwierig ist. 57% der Eltern halten ein Coming-Out für homosexuelle Jugendliche schwierig und 70 % für transgender Jugendliche.

Die Fachkräfte haben in ihrem eigenen Arbeitsbereich eingeschätzt, dass LST* Jugendliche eher nicht offen auftreten. In der Kinder- und Jugendhilfe sind zu 56 % der lesbischen Mädchen, zu 62 % schwule Jungen und zu 8 % transgender Jugendliche bekannt. In der Verwaltung sind lediglich 4 % schwule Jungen bekannt, lesbische Mädchen und transgender Jugendliche sind in der Verwaltung nicht bekannt.

Die Fachkräfte wurden befragt, ob sie Jugendlichen dazu raten würden, ganz offen aufzutreten. 43 % würden transgender und 49 % homosexuellen Jugendlichen dazu raten. Zudem wurde gefragt wie die Fachkräfte ihre eigenen Kompetenzen einschätzen. 64 % sagen, es würde ihnen leicht fallen homosexuelle und 56 % transgender Menschen zu unterstützen. Aber nur lediglich 29 % kennen die vier Phasen des Coming-Out.

Der Schule kommt als wesentlicher Lebensraum eine große Bedeutung zu. Magdeburger Fachkräfte und Eltern sehen hier große Defizite. 67% der Fachkräfte gaben an, dass homosexuelle Jugendliche nicht auf ein homosexuellenfreundliches Klima in ihrer Schule treffen. Die Fachkräfte gaben mit 56 % an, dass homophobe Vorkommnisse verbreitet sind. Vermutet wird mehrheitlich, dass Homophobie und Transphobie an jugendspezifischen Orten, wie der Schule, verbreitet ist und dass der offene Umgang eines LST*-Kindes oder Jugendlichen in Bezug auf seine sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität ein auslösender Faktor für Mobbing sein könnte. Kritisch wird auch die Darstellung in Lehrbüchern eingeschätzt. 70 % der Eltern meinen, dass keine Repräsentanz vorhanden ist. 52 % der Befragten sehen eine Antidiskriminierungsrichtlinie als hilfreich.

2/3 der Fachkräfte sagt, dass Aspekte sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität keine Relevanz für ihre Aufgaben haben. Die Fachkräfte und Eltern wurden befragt, wie hilfreich sie die Angebote in der Landeshauptstadt Magdeburg einschätzen. Verdeutlichung von klaren Bedarfen wie z. B. Mangel an Aufklärungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Eltern, niedrigschwellige Informationsmöglichkeiten und Fortbildungen. Die Befragten sollten einschätzen welche Beratungsangebote sie in Magdeburg kennen. Bei den Fachkräften kennen 71 % die Beratungsstelle für Lesben und Schwule und 21 % die Beratungsangebote für Transgender. 65 % der Eltern ist die Beratungsstelle für Lesben und Schwule und 8 die Beratungsangebote für Transgender bekannt.

Die Gemeinsamkeiten bei den Aussagen der Fachkräfte und Eltern sind z. B. die Lebenssituation von LST* ist belastet, die Schule, die Familie und die Peergroup sind nicht diskriminierungsfrei und transgener Kinder und Jugendliche sind belasteter.

Die Fachkräfte selbst zeigen Unsicherheiten und Unwissen zum Thema. Die Mehrheit kennt keine LST*-Jugendlichen. Sie schätzen die persönliche Haltung und Offenheit sehr positiv ein. Es werden trotz teilweise geringer Kenntnisse die eigenen Kompetenzen positiv eingeschätzt. Überwiegend gibt es keine spezifischen Angebote für LST*-Kinder und Jugendliche in den Einrichtungen. Als hilfreich werden Aufklärungsangebote, Antidiskriminierungsrichtlinien und niedrigschwellige Informationsmöglichkeiten empfunden.

Die Eltern wollen ihr LST*-Kind, wenn es sich outet, unterstützen ihnen aber gleichzeitig abraten sich außerhalb der Familie zu outen. Vermutet wird mehrheitlich, dass Homophobie und Transphobie an jugendspezifischen Orten verbreitet und dass das als mobbingauslösender Faktor wirkt. Mit Blick auf die Institution Schule vermuten die Eltern eine geringe Kompetenz der Lehrkräfte und breitere Verankerung des Themas im Schulalltag. Antidiskriminierungsrichtlinien werden für die Bereiche Kinder- und Jugendhilfe gewünscht.

Auf Nachfrage von **Frau Bühnemann, sachkundige Einwohnerin**, warum nicht die Lehrbücher aller Fächer untersucht wurden und an welchen Institutionen und Einrichtungen die Befragung auslag antwortet **Frau Schumann**, dass die Studie von Melanie Büttner nur die Biologie-, Englisch- und Geschichtsbücher aus den führenden Verlagen untersucht. Das ist die einzige Schulbuchanalyse die es in diesem Bereich gibt. **Frau Ponitka, Gleichstellungsamt**, ergänzte, dass nach dem der Stadtratsbeschluss gefasst wurde ihr Amt sich mit dem Amt für Statistik in Verbindung gesetzt hat. Es wurde das gesamte Netzwerk über das Jugendamt, das Schulverwaltungsamt (Kita's, Schule, Horte, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Elternnetzwerke) angeschrieben und der Fragebogen ausgelegt. Der Fragenbogen wurde in einer AG in Zusammenarbeit mit der Otto-von-Guericke Universität, der Fachhochschule Magdeburg-Stendal, dem LSVD e.V. und dem Dezernat V erarbeitet.

Stadtrat Aßmann fragt, warum nicht auch zum Thema bi- und intersexuelle Kinder und Jugendliche befragt wurde und ob man trotzdem Rückschlüsse auf diese beiden Gruppen anhand der Studie ziehen könnte? **Frau Schumann** antwortet, dass laut Stadtratsbeschluss die Fachkräfte und Eltern zur Lebenssituation lesbischer, schwuler und transgener Kinder und Jugendlicher befragt werden sollten. Es war auch eine Bitte der Stadt, die Studie aus München als Grundlage zu nehmen, um die Ergebnisse zwischen München und Magdeburg vergleichbar machen zu können.

Frau Schulze, sachkundige Einwohnerin, fragt an, ob die beiden befragten Gruppen zusammen gebracht werden können, um zu reflektieren. Die Fachkräfte sind zwar interessiert, aber es gibt noch einen hohen Bedarf an Fortbildungen.

Frau Schumann antwortet, dass die Fachkräfte generell einen hohen Fortbildungsbedarf geäußert haben. Die Fachkräfte aber weniger Schulungen frequentieren zum Thema Lebensweisen von LST* Kindern und Jugendlichen. In der Arbeit des Kompetenzzentrums werden diese Themen in andere Fortbildungen immer mit eingebettet, um so dafür zu sensibilisieren und auch Fachkräfte zu erreichen. Seit 2 Jahren scheint es sich zu ändern, da Transidentität zunehmend stärker in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Es gibt Fernsehsendungen, in denen selbstverständlich transidente Menschen zu Wort kommen, Dokumentationen und Studien. Ihre Studie zu Transidentitäten endete mit einer Fachtagung zusammen mit Fachkräften und betroffenen Eltern. Es ist schwierig, beide Gruppen in der Praxis zusammen zu bekommen da, sie jeweils einen völlig anderen Blick haben.

Frau Diestelberg, Gleichstellungsamt, ergänzte, dass inhaltlich auch an die Beratungsstellen in Magdeburg angedockt werden sollten, da es auch in den Leistungsvereinbarungen mit den Trägern thematisiert wird.

Stadtrat Köpp lobt die Studie und bedankt sich für die detaillierte Erarbeitung und Vorstellung.

7. Zur Situation der Personalstellen in der Frauenberatungsstelle
Magdeburg

Stadträtin Schulz bringt den Antrag Erhöhung der Personalstellen in der Frauenberatungsstelle in Magdeburg ein und erinnert an den Vortrag der Frauenberatungsstelle im FuG-Ausschuss am 08.09.2015 und den Bedarf. Bei der letzten Sitzung wurde sich verständigt, dass der Ausschuss einen entsprechenden Antrag an die Stadt formulieren will.

Stadtrat Aßmann empfiehlt im Antrag „ab dem Haushaltsjahr 2016 fortfolgend“ hinzu zu fügen.

Stadtrat Dr. Kutschmann hat Rücksprache mit der Fraktion gehalten und sie sind der Auffassung, dass die Stadtverwaltung dafür nicht zuständig ist. Die Beratung ist ausgegliedert an einen freien Träger und dann ist die personelle Aufstockung Aufgabe des Trägers. Er äußert Bedenken.

Stadtrat Köpp fügte hinzu, dass eindeutig der Bedarf erkennbar ist. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe im eigenen Wirkungskreis.

Frau Schulze, sachkundige Einwohnerin, sieht den Bedarf und befürwortet den Antrag.

Auf Nachfrage von **Stadtrat Ehlebe** antworte **Frau Ponitka, Gleichstellungsamt**, es ist die Frage, ob der Träger die Besetzung übernimmt oder das Sozialamt. Man muss dann nochmal genau abstimmen.

4-1-0

8. Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Kindern: Vorstellung der aktuellen Veranstaltung

Frau Ponitka, Gleichstellungsamt, weist auf den Internationalen Tag gegen Gewalt am 25. November 2015 hin und die Unterzeichnung der Beitrittsurkunde zur Europäischen Charta durch den Oberbürgermeister. Fahnenhissung durch die Ministerin, Frau Prof. Dr. Kolb vor dem Justiz- und Gleichstellungsministerium und die Veranstaltung im Landtag mit der Projektvorstellung BeST- Beraten und Stärken zum Schutz von Mädchen und Jungen mit Behinderung vor sexualisierter Gewalt sowie die Ausstellungseröffnung „Die Farben meiner Gefühle“.

9. Verschiedenes

9.1. Terminabstimmung 2016

Terminabstimmung zu den FuG-Sitzungen 2016.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jenny Schulz
Vorsitzende/r

Maria Otto
Schriftführer/in